

---

## Wochenbericht nach Durchführung der Aktion "Festigung" im Oktober 1961

Bei der Aktion "Festigung" wurden tausende als "politisch unzuverlässig" eingeschätzte Bürger aus dem innerdeutschen Grenzbereich zwangsweise umgesiedelt. Ein Bericht der Bezirksverwaltung Gera dokumentiert die Meinungen der Bürger hierzu.

Die innerdeutsche Grenze war die Nahtstelle der verfeindeten Systeme - weswegen die DDR-Führung die Grenzanlagen immer weiter ausbauen wollte. Bereits im Mai 1952 wurde ein rund 5 Kilometer breiter Streifen entlang dieser Grenze abgeriegelt. Unmittelbar hinter der Demarkationslinie wies die Stasi an, einen 10 Meter breiten Kontrollstreifen einzurichten, gefolgt von einem 500 Meter breiten Schutzstreifen und einem rund 5 Kilometer breiten Sperrgebiet.

Volkspolizei und die Stasi sorgten im Mai 1952 unter dem Tarnnamen Aktion "Ungeziefer" für die Zwangsaussiedlung tausender Bewohner des Grenzgebietes. Betroffen waren als "politisch unzuverlässig" eingeschätzte Bürger und ihre Familien. Dazu zählten Bürger mit Westkontakten, Kirchgänger, ehemalige Angehörige der NSDAP, Bauern, die ihr Ablieferungsoll an den Staat nicht erfüllten, und Menschen, die sich in irgendeiner Form negativ über den Staat geäußert hatten. Die verbleibenden Anwohner und die Besucher des Gebietes unterlagen strengen Meldeauflagen und weiteren Verhaltensregeln.

Mit der Abriegelung von West-Berlin am 13. August 1961 und dem anschließenden Mauerbau schloss die SED-Führung das letzte "Schlupfloch" in den Westen. Zur "Erhöhung der Sicherheit an der Staatsgrenze West" plante die SED-Führung nun weitere Zwangsumsiedlungen. Unter der Bezeichnung Aktion "Festigung" - mitunter auch Aktion "Kornblume" oder Aktion "Blümchen" genannt - begann in den Morgenstunden des 3. Oktobers 1961 die Aussiedlung von tausenden Menschen, die als "Unsicherheitsfaktoren" galten. Innerhalb weniger Stunden mussten diese ihre Habseligkeiten packen und wurden auf bereitgestellte Lastwagen verladen.

Die Stasi unterstützte die Aktion, indem sie im Vorfeld die "richtigen Leute" zur Umsiedlung auswählte. Später protokollierten und analysierten die Bezirks- und Kreisverwaltungen die Durchführung der Zwangsumsiedlungen. Beim vorliegenden Dokument handelt es sich um einen Bericht der Bezirksverwaltung Gera, der eine Woche nach Beendigung der Aktion "Festigung" entstand und die Stimmung der Bürger dokumentiert. Es ist unterzeichnet vom Leiter der Bezirksverwaltung, Julius Michelberger.

---

**Signatur:** BStU, MfS, AS, Nr. 204/62, Bd. 9, Bl. 18-20

### Metadaten

Dienst Einheit: Bezirksverwaltung      Datum: 10.10.1961  
Gera, Leiter

Wochenbericht nach Durchführung der Aktion "Festigung" im Oktober 1961

*fu. Knie*

BStU  
000018

21 1499/61  
19.10.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT  
BEZIRKSVERWALTUNG GERA  
- Der Leiter -

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT  
Zentrale Informationsgruppe  
B e r l i n

Gera, 10. 10. 1961  
Tgb.Nr. C/384/61  
Leh/Ri

Betr.: Wöchentliche Berichterstattung nach Abschluß der  
Aktion "Festigung"

Bezug: Ihre Anweisung

a) Stimmung unter umgesiedelten Personen

Die Mehrzahl dieser Personen äußert sich nicht mehr.  
Ein Teil, der gute Wohnungen zugewiesen bekam, äußert  
sich noch verschiedentlich anerkennend.

Am 6. 10. 1961 organisierten 2 Söhne der aus Großge-  
schwenda Kreis Saalfeld nach Jena umgesiedelten Familie  
[REDACTED] eine Zusammenkunft mit 6 weiteren Per-  
sonen in Leutenberg, Kreis Saalfeld. Dort wurde beraten,  
ob es zweckmäßig sei, ein Schreiben zu verfassen mit  
dem Ziel, die Rückführung dieser Familie nach Großge-  
schwenda zu erreichen.

Am 7. 10. 1961 fand in Jena eine weitere Zusammenkunft  
mit umgesiedelten Personen aus Großgeschwenda statt,  
worüber noch nichts näheres bekannt ist.  
(Diese Angelegenheit wird bearbeitet).

b) Stimmung der Bevölkerung im Grenzgebiet

Der Umfang der Diskussion ist gering und in der Mehr-  
zahl positiv. Die Lage ist normal. Dabei gibt es fol-  
gende Argumente:

- 2 -

Wochenbericht nach Durchführung der Aktion "Festigung" im Oktober 1961

- 2 -

BStU  
000019

- "Die Sache ist zwar hart, aber diese Leute mußten heraus, denn sie haben ja dauernd nur Unruhe hineingetragen."
- "Da hätten aber noch einige mehr verschwinden müssen." (konkret wurde in Probstzella der [REDACTED] genannt).
- "Wenn unsere Staatlichen Organe immer so schnell und exakt arbeiten, kann nichts mehr schief gehen, auch nicht im Kriegsfall."

Sehr gering im Umfang - meist nur von "inzelpersonen - gibt es folgende unklare und negative Meinungen und Gerüchte:

- Die Vermutung, daß die Sperrzone um 50 km erweitert wird.
- Einige Personen rechnen noch mit ihrer Umsiedlung bzw. mit der gänzlichen Räumung des Sperrgebietes.
- In Versammlungen wurde folgende Frage gestellt: "Was wird mit den leerstehenden Häusern?" (Einige äußerten dazu, daß diese von der NVA belegt werden.) "Können die umgesiedelten Personen zu einem späteren Zeitpunkt wieder zurück?"
- Diese Maßnahmen würden zeigen, daß ein neuer Krieg bevorsteht.

o) Stimmung der Bevölkerung in den Aufnahmekreisen

Der Umfang der Diskussionen ist gering, die Mehrzahl davon ist positiv, erkennen die Notwendigkeit und loben die gute Organisation.

Im Gegensatz zu den Grenzkreisen ist die Anzahl der Diskussionen mit unklaren, negativen und gerüchteartigem Inhalt etwas größer, insgesamt aber ebenfalls gering.

Die Diskussionen beinhalten folgendes:

- Die Rechtsgrundlage der Aktion wird angezweifelt. Als Voraussetzung für diese Maßnahmen hätte erst

- 3 -

Wochenbericht nach Durchführung der Aktion "Festigung" im Oktober 1961

- 3 -

BStU  
000020

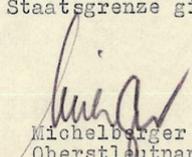
der Verteidigungszustand erklärt werden müssen.  
(Angestellte bei VEB Zeiss Jena).

- Diese Maßnahme war nur möglich, weil die Volkskammer dem Staatsratsvorsitzenden uneingeschränkte militärische Vollmachten gegeben hat.
- Jetzt kommt die Zeit, wo man nach und nach die Zügel anzieht, weil ja kein Mensch mehr die DDR verlassen kann.
- Die Häuser der Umgesiedelten würden abgerissen. (Dabei haben sich Personen auf Bilder des Westfernsehens berufen - Pößneck und Eisenberg).
- Die Umsiedlung wäre noch nicht abgeschlossen, die AWG-Wohnungen würden beschlagnahmt. Man solle deshalb so schnell wie möglich umziehen. (Gera und Zeulenroda).
- Weiterhin gibt es einige Gerüchte über angeblich schlechte Behandlung der Menschen und des Inventars während des Umzuges.

Eine Festnahme im Zusammenhang mit der Aktion im Kreis Saalfeld:  
Am 7. 10. 1961 wurde von der VP der [REDACTED] festgenommen und Haftbefehl auf Grund des § 20 STEG beantragt.  
Der Beschuldigte beobachtete die Möbeltransporte und äußerte dabei gegenüber mehreren Personen, daß die umgesiedelten Leute alle in die Haftanstalt nach Bautzen kämen. Ihre Möbel würden verkauft. Es wäre heute viel schlimmer als bei den Nazis.

d) Auf der westlichen Seite der Staatsgrenze gibt es keine besonderen Erscheinungen.

gef. 4 Expl.

  
Michelberger  
Oberstleutnant